Infoheft der
Sozialdemokratischen Partei
Zürich 3

Nr. 542
September 2026

INFO:3

Bild: Felix Scherrer

Bereit für den nächsten Wahlkampf: Unsere Kandidierenden für die Kantonsratswahlen 2027

UNSER WAHLKAMPF FÜR EINEN LINKEREN KANTON ZÜRICH

Am 4. April 2027 entscheidet sich, ob der Kanton Zürich sozialer und fortschrittlicher wird. Dafür braucht es jetzt eine starke SP – und uns alle. Text: Severin Peer

Wenn die Zürcher*innen am 4. April 2027 Kantons- und Regierungsrat neu wählen, geht es um die politischen Mehrheiten. Die Ausgangslage ist denkbar knapp: Seit dem Parteiwechsel von Isabel Garcia von der GLP zur FDP stehen sich der bürgerliche Block und die Klima- und Fortschrittsallianz mit je 90 Sitzen gegenüber. Die Folgen zeigten sich so auch im Dezember 2025: Mit einer Stimme Vorsprung senkten die Bürgerlichen im Kantonsrat den Steuerfuss von 98 auf 95 Prozent. Dadurch entgehen dem Kanton in zwei Jahren fast 500 Millionen Franken. Wo dieses Geld eingespart ›

«Unsere Mobilisierung wird für den Ausgang der Wahlen entscheidend sein – und damit auch dafür, wie viel linke Politik im Kanton Zürich künftig möglich ist.»

› wird, ist unschwer zu erahnen. Umgekehrt wurde der neue Berufsauftrag der Lehrpersonen mit drei Stimmen Vorsprung angenommen. Dieser Erfolg zeigt: Es braucht eine starke SP, um Druck aufzubauen und die Parteien bis in die Mitte in Zugzwang zu bringen. Einzelne Sitze sind entscheidend!

Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Wahlziele formuliert. Wir wollen die Marke von 20 Prozent Wähler*innenanteil überwinden, zusätzliche Sitze gewinnen und die rot-rot-grüne Minderheit von 60 Stimmen halten. Diese ist nötig, um parlamentarische Initiativen vorläufig zu unterstützen. In unserem Wahlkreis sind die personellen Voraussetzungen dafür geschaffen: An der Nominationsversammlung im Juni haben die Mitglieder der SP-Sektionen Zürich 3 und 9 eine sehr starke Liste nominiert. Wir können uns auf den kommenden Wahlkampf mit unseren grossartigen Kandidat*innen freuen. Vorgestellt werden sie in der November- und der Januar-Ausgabe des Info:3. Für den Regierungsrat kandidieren mit Priska Seiler Graf und Nicolas Galladé zwei erfahrene Politiker*innen: Mit ihnen wollen wir unsere beiden SP-Sitze (zurück)holen.

Die inhaltliche Grundlage unseres Wahlkampfs bildet unser «Plan für Zürich» mit fünf Schwerpunkten: Kaufkraft, Gleichstellung, Bildung, Demokratie und Solidarität sowie Klima. Im Zentrum stehen unter anderem steigende Mieten und Krankenkassenprämien, faire Löhne, Kinderbetreuung, Bildungschancen, politische Teilhabe und sozialer Klimaschutz. Der Wahlkampf lässt sich grob in zwei Phasen gliedern. Von September bis Dezember 2026 sollen unsere Themen und Kandidat*innen im ganzen Kanton sichtbar werden, auch über die bisherige SP-Wähler*innenschaft hinaus. Wichtige Elemente sind dabei die Bevölkerungsumfragen zu Mieten und Krankenkassenprämien, so auch in den Kreisen 3 und 9. Sie ermöglichen den Kontakt zur Bevölkerung und zeigen, dass wir als SP zuhören. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für politische Forderungen und parlamentarische Vorstösse. Am Auswertungsanlass der SP-Sektionen 3 und 9 vom 27. Oktober 2026 werden die Ergebnisse der Umfrage in den beiden Stadtkreisen präsentiert. Diesen Termin unbedingt doppelt unterstrichen in die Agenda eintragen! Daneben sorgen Priska Seiler Graf und Nicolas Galladé mit Auftritten an Anlässen, Festen und Märkten für einen sichtbaren Wahlkampf.

Ab Januar 2027 verschiebt sich der Schwerpunkt zur Mobilisierung. Die Erfahrungen aus dem Jahr 2023 zeigen deren Bedeutung: Bei den kantonalen Wahlen lag die Wahlbeteiligung im Kanton Zürich bei 34,9 Prozent. Bei den nationalen Wahlen wenige Monate später beteiligten sich rund 12 Prozentpunkte mehr Stimmberechtigte. Die SP erreichte dabei über 32'000 zusätzliche Wähler*innen. Am 4. April 2027 finden ausschliesslich die Kantons- und Regierungsratswahlen statt. Abstimmungsvorlagen, die zusätzliche Menschen an die Urne bringen könnten, wird es keine geben. Geplant ist deshalb die bisher grösste Mitmach-Mobilisierungskampagne der SP Kanton Zürich: Gemeinsam engagieren wir uns an Telefonaktionen, Wahlkampf-Apéros und Postkartenanlässen für einen linkeren Kanton.

Die SP geht mit einer stark gewachsenen Basis in den Wahlkampf. Seit den letzten kantonalen Wahlen ist unsere Mitgliederzahl um 22 Prozent gestiegen. Unsere Mobilisierung wird für den Ausgang der Wahlen vom 4. April 2027 entscheidend sein – und damit auch dafür, wie viel linke Politik im Kanton Zürich künftig möglich ist. Jetzt gilt es, unsere Stärke gemeinsam auf die Strasse und an die Urne zu bringen. ■

Editorial

*Liebe Leser*innen*

«Was ist die Alternative?» Diese Gegenfrage von Salvatore ist mir seit unserem Gespräch geblieben. Wir sprachen darüber, wie ermüdend es sein kann, politische Errungenschaften immer wieder verteidigen zu müssen, statt den Blick nach vorne zu richten.

Salvatore erinnert daran, dass gesellschaftlicher Fortschritt selten geradlinig verläuft. Rechte müssen erkämpft, Errungenschaften verteidigt und manche Debatten immer wieder geführt werden. Trotzdem verändert sich etwas. Manchmal dauert es Jahre oder sogar Generationen, bis aus einer Forderung etwas Selbstverständliches wird.

Das gilt auch für politische Teilhabe. Wer unsere Demokratie stärken will, muss sich fragen, wessen Stimmen darin noch fehlen und warum. Gerade Menschen mit Migrationsgeschichte sind in politischen Institutionen bis heute unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentation zu verändern, ist eine gemeinsame politische Aufgabe.

Auch Luca beschäftigt in seiner Kolumne die Frage, wie wir mit politischer Ohnmacht umgehen. Seine Antwort liegt in Gemeinschaft und Zusammenhalt. Beides werden wir brauchen, denn der nächste Wahlkampf steht bereits vor der Tür. Severin zeigt, was bei den Kantonsratswahlen 2027 auf dem Spiel steht und warum es dabei auf uns alle ankommt. Florian wiederum führt uns nach Brasilien, wo mutige linke Politik ganz konkret wird. Salvatores Rat ist dabei erstaunlich zeitlos: Wir müssen am Ball bleiben.

Özlem Ickin

Lehrpersonen entlasten, jetzt

Der Kantonsrat will die Lehrpersonen der Zürcher Volksschule mit einem Arbeitszeit-Kompromiss entlasten – zum Missfallen von FDP, SVP und einigen Gemeinden. Zusammen mit einem breiten Komitee empfiehlt die SP am 27. September 2026 ein Ja zum «Lehrpersonal-Kompromiss». Text: Roland Schaller und Özlem Ickin

Wie alle kantonalen Angestellten leisten auch die Lehrpersonen der Zürcher Volksschule bei einem 100-Prozent-Pensum je nach Ferienanspruch rund 1'830 bis 1'890 Arbeitsstunden pro Jahr. Im sogenannten Berufsauftrag wird festgelegt, wie viel Arbeitszeit für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche angerechnet wird. Den grössten Anteil nimmt der Unterricht ein. Wie viel Zeit dafür angerechnet wird, bestimmt der sogenannte Lektionenfaktor: Für jede Lektion, die eine Lehrperson während des Schuljahres wöchentlich unterrichtet, werden pauschal 58 Stunden Jahresarbeitszeit angerechnet. Umgerechnet auf 39 Schulwochen sind das rund 89 Minuten pro Unterrichtslektion: 45 Minuten Unterricht und weitere 44 Minuten für Vorbereitung, Korrekturen und andere Arbeiten rund um die Lektion. Für Zusammenarbeit im Schulteam, Weiterbildung und weitere Aufgaben wird zusätzliche Arbeitszeit angerechnet. Klassenlehrpersonen erhalten für Elterngespräche, Klassenorganisation und weitere Aufgaben zusätzlich 100 Stunden pro Klasse und Schuljahr.

Auf der Kampagnen-Website «lehrpersonal-kompromiss.ch» kann man sich informieren und Flyer bestellen.

1,5 Stunden Überzeit pro Tag

Das Image des Berufs «Lehrer*in» hat sich gewandelt. Früher gerne als «Ferientechniker*innen» verspottet, ist mittlerweile klar, wie anspruchsvoll der Beruf ist. Auch deshalb arbeiten viele Lehrpersonen Teilzeit, weil ein 100-Prozent-Pensum kaum leistbar ist. Während der Schulzeit sind lange Arbeitstage die Regel, und in der unterrichtsfreien Zeit (Schulferien) lassen sich die angehäuften Überstunden kaum abtragen. Gross angelegte Arbeitszeituntersuchungen des Schweizerischen Lehrpersonen-Verbandes LCH zeigen, dass Lehrpersonen ihre vorgesehene Arbeitszeit regelmässig überschreiten. Das Pro-Komitee beziffert die unbezahlte Überzeit im Durchschnitt auf knapp 1,5 Stunden pro Arbeitstag.

Entlastungs-Kompromiss

Den Kampf um Entlastung führen die Lehrpersonenverbände ZLV und VPOD seit Jahren. Sie fordern, dass der Lektionenfaktor von 58 auf 62 Stunden erhöht wird und Klassenlehrpersonen für ihre zusätzlichen Aufgaben 250 statt bisher 100 Stunden pro Schuljahr angerechnet werden. Nun steht endlich ein Kompromiss: Der Kantonsrat beschloss im März 2026 eine Revision des Berufsauftrags. Der Lektionenfaktor wird auf 59 Stunden erhöht, Klassenlehrpersonen erhalten neu 160 Stunden. Die zusätzliche Stunde beim Lektionenfaktor gilt für jede wöchentlich unterrichtete Lektion: Bei 20 Wochenlektionen werden einer Lehrperson damit beispielsweise 20 zusätzliche Arbeitsstunden pro Jahr für den Unterricht angerechnet.

Die Lehrpersonenverbände sind mit dem Kompromiss einverstanden, FDP und SVP hingegen nicht. Nach ihrer Niederlage im Kantonsrat ergriffen die beiden Fraktionen das Kantonsratsreferendum. Gleichzeitig kam auch das Gemeindereferendum zustande. Ein zentraler Kritikpunkt sind die Mehrkosten: Der Kompromiss kostet insgesamt 83 Millionen Franken pro Jahr. Da die Löhne der kantonal angestellten Lehrpersonen nur zu 20 Prozent vom Kanton und zu 80 Prozent von den Gemeinden finanziert werden, tragen die Gemeinden den grössten Teil der zusätzlichen Kosten. Die Gegner*innen bezweifeln zudem, dass die zusätzlichen Ausgaben zu einer tatsächlichen Entlastung führen.

Nun entscheidet die Zürcher Stimmbevölkerung über den sorgfältig austarierten Kompromiss. Das Pro-Komitee hofft auf Zustimmung zu dieser Investition in die Qualität der Zürcher Schulen. Denn gute Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen sind eine wichtige Voraussetzung für eine gute Schule. ■

Nichts ist so beständig wie der Wandel

Am 19. August hatte unsere zurückgetretene Gemeinderätin Rahel Habegger ihre letzte Sitzung im Rat; am 26. August kehrt unser Alt-Gemeinderat Niyazi Erdem nach einer kurzen Auszeit in den Gemeinderat zurück. Zu diesem Wechsel haben wir mit den beiden ein Interview geführt. Interview und Bilder: Sira Fleischli

Wie lange warst Du, Rahel, im Gemeinderat tätig und was hat dich ursprünglich dazu bewegt, für den Gemeinderat zu kandidieren?
Rahel: Ich war gut eine Legislatur im Gemeinderat, genauer gesagt vier Jahre. Der Eintritt hat sich ziemlich natürlich ergeben. Ich war bereits vor über zehn Jahren, als ich noch in Bern lebte, im Vorstand der dortigen SP und diversen Arbeitsgruppen und habe mich aktivistisch engagiert. So habe ich in Zürich einen guten Listenplatz erhalten und wurde gewählt.

Was war deine Tätigkeit im Gemeinderat?
Rahel: Ich war Teil der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Wir waren die Aufsichtskommission, haben brisante Vorfälle wie Vetterliwirtschaft aufgedeckt. Unsere Arbeit konnte bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen für die Betroffenen führen.

Wie viel Zeit nimmt solch ein Amt in Anspruch?
Beide: Es waren gute 30% Arbeit die Woche. Die investierte Zeit pro Woche konnte bis zu 20 Stunden betragen.

Rahel, die vielleicht brennendste Frage an dich: Warum trittst du aus dem Gemeinderat aus? Du warst nicht nur engagiert im Gemeinderat, sondern auch Vizepräsidentin der GPK. Die nächsten zwei Jahre wärst du Präsidentin dieser Kommission geworden.
Rahel: Ich wollte im Gemeinderat immer mein Bestes geben und meinen eigenen Erwartungen und Standards gerecht werden. Ich habe mich viel für die Themen Familienvereinbarkeit und Nachhaltigkeit eingesetzt. Ich habe selbst zwei kleine Kinder zuhause, und trotz der wertvollen Unterstützung und dem Rückhalt, den mir meine Familie gibt, muss ich mir eingestehen, dass ich neue Prioritäten setzen möchte. Die Rechnung, wie viel Energie ich reingesteckt habe und was es mir gegeben hat, ging für mich nicht mehr auf. Die Sitzungen haben so viele Stunden verschlungen; der gesellige Teil der Anlässe kam aufgrund der Kinder oder der Müdigkeit oft zu kurz, ganz zu schweigen von der Zeit, die ich mir gerne für mich genommen hätte. Es hätte ausserdem noch so viele Podien gegeben, an denen ich gerne teilgenommen hätte. Das Mitwirken in der GPK war besonders intensiv, ich habe darauf mit der Zeit jedoch auch meinen Hauptfokus gesetzt, denn es hat mir auch am meisten zurückgegeben. Die Arbeit war über die Parteigrenzen hinaus wirksam und sachpolitisch, nicht ideologisch.

Was genau hat die Kommissionsarbeit beim GPK bewirkt?
Rahel: Die GPK-Mitglieder sind «Watchdogs» und decken Skandale in der ganzen Stadtverwaltung auf. In enger Zusammenarbeit mit der Ombudsstelle und Whistleblower*innen, den Medienschaffenden und vielen mehr können Missstände in Organisationen ans Licht gebracht werden und Massnahmen zur Verhinderung dieser getroffen werden. Wir recherchieren intensiv, lesen Jahresberichte genau und beobachten Personal- sowie Fluktuationsraten und Krankschreibungen in Unternehmungen. Als Juristin habe ich Background-Wissen, welches in dieser Kommission wertvoll war.

Er will, dass Minderheiten durch ihn im Gemeinderat repräsentiert sind. Niyazi Erdem kehrt in den Gemeinderat zurück.

Rahel Habegger wird aus dem Gemeinderat verabschiedet.

Niyazi, Rahel geht und du wirst deinen Sitz im Gemeinderat wieder einnehmen. Wie geht es dir damit?
Niyazi: Ich freue mich, wieder als Gemeinderat tätig zu sein. Es war eine sehr knappe Abwahl. Ich war zuvor neun Jahre im Gemeinderat und habe mich immer sehr engagiert, war präsent im Quartier und bei den Leuten, die politisch wenig interessiert sind oder sich von der Politik nicht abgeholt gefühlt haben. Leute wie mich braucht es neben Studierten genauso; ich repräsentiere gewisse Minderheiten im Gemeinderat und sorge dafür, dass sich auch Leute, die sonst nicht stimmen und wählen würden, dazu aufraffen. Ich mache auch viel Kinder- und Jugendarbeit, verteile in meinem Quartierladen Stimmzettel und kläre die Menschen auf, was in der Lokalpolitik passiert und welche Hebel sie haben. Ich übersetze an Schulen, organisiere einen Treffpunkt in meiner Wohngenossenschaft, bin im Quartierverein Wiedikon, setze mich für die kurdische Gemeinschaft ein und organisiere Events für Personen mit Migrationsgeschichte wie zum Beispiel für türkische Aleviten.

Erzähl uns mehr von dir und deiner Geschichte.
Niyazi: Ich bin seit 1977 in der Schweiz, habe in verschiedenen besetzten Häusern gelebt und damit sozusagen gegen den Kapitalismus protestiert. Ich bin grosszügig und gebe viel. Ich bin ein Mann der Leute. Dies ist meine Lebenseinstellung und dies will ich auch meine Kund*innen im Laden wissen lassen. Ich setze mich ein für die Aufklärung der Geschichte der kurdischen Bevölkerung. Es sind immerhin noch 70 Millionen Kurd*innen, die in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien unterdrückt werden. Nun lebe ich in einer Wohngenossenschaft im Kreis 3 und habe zwei Söhne. Sie sind 25 und 26 Jahre alt. Man findet mich meist im Palu (Anm. d. Red.: Niyazis Takeaway), wo ich da bin für die Menschen, die reden wollen. Und die, die einfach Hunger haben. Ich helfe den Leuten wahnsinnig gerne. Ich fühle den Puls der Menschen und bringe die Anliegen in den Gemeinderat.

In welcher Kommission warst du bis anhin tätig?
Niyazi: Ich war in der Kommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement und im Departement der industriellen Betriebe. Ich habe mich dort unter anderem für das 365-Franken-VBZ-Abo, den Antrag für den längst überfälligen Velotunnel, die Mindestlohn-Initiative, verschiedenste Postulate mit Parteien wie «Hilfe für Rojava» oder sonstige kurdische Themen stark gemacht. Nun würde mich eine soziale Kommission reizen. Etwa das Schul- und Sportdepartement oder die Sachkommission Sozialdepartement.

Rahel, was wünschst du Niyazi und was möchtest du Leute wissen lassen, die sich eine Kandidatur für den Gemeinderat überlegen?
Rahel: Ich habe in der Anfangsphase Blut geleckt im Gemeinderat, war voller Euphorie. Es war eine goldene Zeit für mich. Ich habe Vorstösse eingereicht, hatte Ideen und Energie. Ich möchte jedoch, dass die Leute wissen, wie zeitintensiv das Amt ist. Gerade mit kleinen Kindern habe ich gemerkt, dass es mich mehr beansprucht als gedacht. Dir, Niyazi wünsche ich viel Kraft, gute Gesundheit, starke linke Mehrheiten und möglichst wenig nächtliche Sitzungen, damit du am nächsten Morgen erholt in den Engrosmarkt gehen kannst. *lacht*

Vielen Dank euch beiden für das Gespräch. Und vor allem dir, Rahel, herzlichen Dank für deine Energie, dein Herzblut und die vielen Stunden, die du in den vergangenen vier Jahren in die Arbeit für unsere Stadt gesteckt hast. Alles Gute für das, was jetzt kommt! ■

Vock off!

Gesundheit statt Profit

Florian Vock

«Gilead Greed Kills!», skandieren die brasilianischen Aktivist*innen. Die Gier des global wichtigsten Pharmakonzerns für neue HIV-Medikamente töte. So benennen es nicht nur die Demonstrierenden an der Welt-Aids-Konferenz in Rio de Janiero. Auch der brasilianische Gesundheitsminister wird deutlich: «Innovation ohne Zugang ist überhaupt kein Fortschritt. Es ist eine Ungerechtigkeit.»

Brasilien unter der linken Lula-Regierung führt eine vorbildliche Gesundheitspolitik. Das öffentliche System SUS garantiert allen, auch ohne Versicherung oder Wohnsitz, eine gute Versorgung. Die Struktur ist auf Gemeindeebene organisiert, Impfungen werden durch das staatliche Institut Fiocruz hergestellt und überhaupt hat das Land ein Konzept von öffentlicher Gesundheit, das der Schweiz komplett fehlt.

Brasilien ist das grösste Land Südamerikas, und hat mit über 200 Mio. Einwohner*innen auch eine Marktmacht, welche die linke Regierung geschickt bespielt: mit knallharter Verhandlung gegen das globale Grosskapital, das den Gesundheitsmarkt als zuverlässigen Profitlieferanten missbraucht. Im September sind Wahlen in Brasilien. Der 80-jährige Lula tritt wieder an und postet auf Insta fleissig Fitness-Videos. Sein Gegner: Der Sohn des ehemaligen Präsidenten Bolsonaro, der nach dem gescheiterten Putsch eine Fussfessel trägt.

Salvatore sitzt nicht einfach seit Jahrzehnten im Kreis 3. Er mischt sich ein.

«Was ist die Alternative?»

Wer mit Salvatore Di Concilio durch den Kreis 3 läuft, merkt schnell, wie tief er hier verwurzelt ist. Am Brupbacherplatz wird er immer wieder gegrüsst. Seit fast 40 Jahren lebt er im Quartier. Er kennt noch die Zeit, als sich der Transitverkehr über die Westtangente durch Wiedikon wälzte und sich Quartiergruppen gegen die massive Verkehrsbelastung wehrten. Salvatore war Teil dieses Widerstands. Text und Bild: Özlem Ickin

1968 kam Salvatore mit 17 Jahren aus Italien in die Schweiz. Als Schreiner fand er über die Gewerkschaft in die Politik. Später sass er zwölf Jahre im Gemeinderat, war Mitbegründer der Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich und gehörte zu den Initiant*innen des Laufs gegen Rassismus.

Menschen mit Migrationsgeschichte sind für Salvatore keine Gäste der Schweizer Politik. Sie haben Gewerkschaften, Quartiere und soziale Bewegungen seit Jahrzehnten mitgestaltet. Lange habe die Schweiz ihnen jedoch vermittelt, dass sie hier nicht wirklich erwünscht seien. Viele orientierten sich deshalb politisch weiterhin an ihren Herkunftsländern. Salvatore zog für sich irgendwann einen anderen Schluss. «Italien ist gut und recht, aber ich wohne in der Schweiz und will mich hier engagieren.» Für ihn gehört dazu auch die Frage: Bin ich politisch hier oder in Italien, Kosovo oder der Türkei? «Wir können nicht überall gleichzeitig sein.» Wer etwas erreichen wolle, müsse sich dort einbringen, wo das eigene Leben stattfindet.

Politisches Engagement bedeutet für Salvatore auch, Differenzen auszuhalten.

Doch die Verantwortung liegt nicht allein bei Menschen mit Migrationsgeschichte. Es reicht nicht, ihnen zu sagen: Engagiert euch doch. Nicht, nachdem ihnen jahrzehntelang vermittelt wurde, dass sie nicht wirklich dazugehören. Auch die Gesellschaft und die SP sieht Salvatore in der Pflicht. «Diese Menschen sind hier, und ohne Migrant*innen würde die Schweiz nicht funktionieren.» Es brauche eine echte Willkommenskultur und eine Politik, die Zugehörigkeit nicht nur einfordert, sondern auch ermöglicht. Die SP müsse deutlich machen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte dazugehören und ihre Stimmen gebraucht werden.

Politisches Engagement bedeutet für Salvatore auch, Differenzen auszuhalten. In der 68er-Bewegung habe man sich bei Diskussionen «fast die Köpfe eingeschlagen». Bei gemeinsamen Zielen habe man trotzdem zusammengefunden. Aber woher nimmt Salvatore die Kraft, immer weiterzumachen? Ich erzähle ihm von meiner Müdigkeit angesichts immer neuer rechtspopulistischer Angriffe. Statt neue progressive Politik zu gestalten und Probleme wie Armut oder Umwelt anzugehen, verteidigen wir immer wieder bereits Erkämpftes. Seine Antwort kommt sofort: «Was ist die Alternative? Aufgeben und den Rechten das Feld überlassen?» Für Salvatore undenkbar. Fortschritt brauche Zeit. Die 68er hätten geglaubt, heute die Revolution zu machen und übermorgen im Paradies zu leben. So einfach sei es nicht. «Wir müssen am Ball bleiben.»

Dass sich Einmischen lohnt, hat Salvatore selbst erlebt. Bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren kämpfte er dafür, dass Kinder von Saisonniers zur Schule gehen konnten. «Bildung ist wichtiger als Ausländergesetz», war der Grundsatz. Heute können auch Sans-Papiers-Kinder die Schule besuchen. Politisches Engagement hinterlässt Spuren. Vielleicht macht Salvatores Geschichte auch anderen Mut, die eigenen zu hinterlassen. ■

Präsidial-Kolumne

Ein Sommer voller schlechter Nachrichten

Der Sommer ist in der Politik traditionell die Zeit im Jahr, in der alles herunterfährt. Das Parlament tagt nicht, es gibt keine Vorstandssitzungen, und in den Medien herrscht das bekannte «Sommerloch». Diese Zeit sollte eigentlich dazu dienen, Energie zu tanken, abzuschalten und einen Ausgleich zu finden, um dann wieder mit voller Kraft für Veränderung kämpfen zu können.

Die Sommerferien begannen jedoch mit einer Enthüllung des Tages-Anzeigers über schwerste Fälle sexueller Gewalt durch einen ehemaligen SVP-Grossrat aus dem Aargau. Nicht nur wurde das Abschalten dadurch unterbrochen, dass ein systemisches Problem einmal mehr als Einzelfall abgetan wurde, sondern auch durch Empörung über krasses Behördenversagen. So wollte die Gemeinde Untersiggenthal, anstatt den Opfern zu helfen, diese noch ausschaffen. Der Sommer begann also damit, dass uns einmal mehr exemplarisch gezeigt wurde, wie verachtend unser System gegenüber Frauen und Migrant*innen ist. Ruhe dahin, Entspannung verschoben und Puls auf 180. Die Ohnmacht darüber, wie etwas, worauf wir seit Jahren auf verschiedensten Ebenen hinweisen, von den politischen Verantwortungsträger*innen trotzdem nicht ernst genommen wird, war gross.

Mit Ohnmacht endete der Sommer auch. Viel Entspannung gab es nicht; ist auch schwer bei 36 Grad im Büro und um die 30 Grad in der Wohnung sich zu entspannen und abzuschalten, während halb Europa brennt. Aber hey, es war wahrscheinlich der kühlste Sommer für den Rest meines Lebens.

Anstatt mit neuer Energie und ausgeglichen zu enden, schliesst der Sommer somit mit Ohnmacht. Darüber, wie Dinge eintreten, auf welche wir seit Jahren hinweisen, und alle schockiert sind, dass sie eintreten. Ohnmacht, welche dafür sorgt, dass man hinterfragt, warum man all dies überhaupt noch macht. Daher ist es gut, dass der Sommer vorbei ist. Denn das beste Rezept gegen Ohnmacht ist immer noch Gemeinschaft, Kameradschaft und Zusammenhalt. Wenn wir zusammen sind, zusammen ohnmächtig sind, dann können wir daraus neue Energie tanken, uns gegenseitig auflüpfen und mit neuer Energie für eine gerechte und solidarische Welt kämpfen.

Und Räume zum Kämpfen haben wir genug. Diesen Herbst startet der Wahlkampf für die Kantonsratswahlen vom nächsten April. Wenn wir wollen, dass sich im Schutz von Opfern sexualisierter Gewalt oder im Klimaschutz je etwas ändert, dann benötigen wir andere Mehrheiten auf kantonaler Ebene. Nehmen wir also diese Ohnmacht und sorgen wir dafür, dass der nächste Sommer besser wird, weil wir wissen, dass die politischen Entscheidungsträger die Signale gehört haben und auch etwas unternehmen.

Luca Dahinden

Agenda

September

Freitag, 18. September 2026, ab 16 Uhr
SP 3 am Parking Day
Partizipieren statt Parkieren! Am Idaplatz zeigen wir, wie öffentlicher Raum auch genutzt werden kann, wenn er nicht als Abstellfläche für Autos dient. Gemeinsam mit den Menschen im Quartier diskutieren wir über lebenswerte Strassen und Plätze.
Idaplatz, 8003 Zürich

November

Dienstag, 10. November 2026, 18:30 – 21:00 Uhr
Mitgliederversammlung zum Thema «Wirtschaft für alle innerhalb planetarer Grenzen»
Wie können wir wirtschaften, ohne die ökologischen Grenzen unseres Planeten zu überschreiten? Lea Trogrlić gibt einen thematischen Input und diskutiert mit uns über Ideen für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschaft. Anschliessend lassen wir den Abend bei einem Apéro ausklingen.
Rotachstübli in der Genossenschaft Rotach, Nussbaumstrasse 18, 8003 Zürich

Geburtstage

Wir gratulieren

Dora Hasler Wüest
am 01. August zum 81. Geburtstag

Rainer Klingenberg
am 28. August zum 85. Geburtstag

Ursula Heiniger
am 24. September zum 82. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch!

Impressum

Herausgeberin *Sozialdemokratische Partei Zürich 3, Postfach, 8036 Zürich, info@sp3.ch, www.sp3.ch*
Redaktion *Infogruppe SP 3, Nadja Contzen, Sira Fleischli, Özlem Ickin, Judith Büchi, Roland Schaller, Wanda Siegfried, Alfons Sonderegger*
Gestaltung *ateliermueller.com*
Jahrgang Info:3 *52. Jahrgang*
Auflage *750 Exemplare*
Druck *Druckerei Printoset GmbH, Zürich*

P.P. CH-8003 Zürich
DIE POST
A-PRIORITY

Anzeige

edelmann energie
Energie und Nachhaltigkeit am Bau

Wir setzen SP-Politik in die Praxis um:

- Energie-Effizienz
- Erneuerbare Energien
- 2000-Watt-Gesellschaft

Allmendstrasse 149, 8041 Zürich
www.edelmann-energie.ch